

Run auf Berliner Privatschulen – Oder: Die Scheinheiligkeit linker Bildungspolitik

[Veröffentlicht am 05.03.2018 von JouWatch](#)

Berlin – Immer mehr Eltern schicken ihre Kinder auf Privatschulen. Das ist vor allem in Berlin der Fall. Berliner Schulen haben eben in Deutschland einen denkbar schlechten Ruf. Nicht zuletzt Schuld am Exodus aus den staatlichen Schulen war und ist die Berliner SPD, die ihre Schulpolitik mit Vollkaracho an die Wand gefahren hat. Eltern, Schüler und Lehrer stehen vor einem bildungspolitischen Schrotthaufen und versuchen, wer kann, sein Kind aus den Schulen mit hohem Migrantanteil in die Privatschulen zu migrieren.



Schule (Symbolfoto: Durch Tolga Sezgin/Shutterstock)

Seit Jahrzehnten können sich Bildungsplanwissenschaftler im Berliner Bildungswesen nach Lust und Laune am lebenden Objekt austoben. Da werden jahresübergreifende Klassen eingeführt, dann wieder abgeschafft. Man ist verkrampft bemüht Ethik statt Religionsunterricht anzupreisen, Islamunterricht zu etablieren und versucht durch ein zweigliedriges Schulsystem das Gymnasium zu enthaupten. Das Niveau dort wird sukzessive abgesenkt, die 13. Jahrgangsstufe wird abgeschafft und Gelder von Gymnasien abgezogen und in die ideologisch betütelte Sekundar- und Gemeinschaftsschulen geblasen. Dies sind nur ein paar Beispiele, wie sich Bildungssenatoren an Schülern und Lehrern spielen – jeder darf mal ein bisschen experimentieren.

Privatschulen – das Hassobjekt linker Bildungspolitik

Es wundert somit nicht, dass Privatschulen einen enormen Boom erleben. Inzwischen geht jeder zehnte Berliner Schüler auf eine private Schule. In Berlin gibt es derzeit über 300 allgemein-bildende und berufliche Schulen in freier Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an Privatschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2014 besuchten in Berlin 32.924 Schülerinnen und Schüler eine der 121 allgemein-bildenden Schulen in freier Trägerschaft. Tendenz: stark steigend.

Dass dies den rot-rot-grünen Gesellschaftsklempnern zuwider ist, liegt auf der Hand. So versucht die Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) Privatschulen auf eine äußerst perfide Art und Weise auszubremsen. So 2013 durch heimliches Streichen der Anschubsfinanzierung für freie Schulen. Privatschulen werden nach wie vor nach einer Anfangsphase 93 Prozent der Personalkosten vom Berliner Senat erstattet, weitere Aufwendungen müssen die Schulen aus eigenen Mitteln aufbringen. Die meisten Schulen in freier Trägerschaft erheben daher ein Schulgeld. So zahlt man an der Privaten Kant-Schule ab Klasse sieben 430 bis 470 Euro Schulgeld im Monat. Wer weniger verdient, zahlt auch weniger – mitunter zahlten Eltern auch weniger als 100 Euro. Durch die Hintertür will die SPD-Politikerin private schulische

Neugründungen finanziell austrocknen. Diese Berliner 100-Euro-Regelung wurde zielsicher durch eine bundesweite Studie zur Privatschulfinanzierung des Wissenschaftszentrums Berlin im vergangenen Herbst als zu hoch angemahnt.

Grüne Bildungsbürger schicken ihre Kinder nicht in Kiezschulen

Die [linksdrehende taz beschreibt](#) in ihrem Artikel die Zustände, die jahrelange links-politische Bildungspolitik an sogenannten „Kiezschulen“ zutage fördert. Ganz dem sozialistischen Duktus verhaftet werden jedoch nicht jene kritisiert, die solche Gegebenheiten durch ihr politisches Tun befördert und mittlerweile etabliert haben. Vielmehr werden jene, die ihre Kinder nicht dieser unverantwortungslosen Gleichmacherei, flankiert durch migrantische Bereicherung aussetzen wollen und auf Privatschulen ausweichen, in die Kritik genommen. Im gewohnten Stil wird bejammert, dass auf diesen Schulen der Anteil von Kindern aus ärmeren Familien verschwindend gering sei. Nivellieren soll diese angebliche Ungerechtigkeit wiederum der Staat in Gestalt der Bildungssenatorin Scheers, die dafür sorgen soll, dass kurz über lang die selbe „bunte“ Mischung auch an Privatschulen vorherrscht.

Ein Aspekt, der auch bei der Berliner Privatschulendiskussion wenig Beachtung findet, ist der Umstand, dass just jene, die in hohem Maße aus der besser bis gutverdienenden staatsabhängigen Mittelschicht stammen und mit voller Inbrunst und immer wieder rot-rote-grüne Regierungen in Berlin ermöglichen, den eigenen Nachwuchs nicht in prekäre Kiezschulen schicken. Der eigene Nachwuchs besucht die Privatschule mit geringem Migrantenanteil.

Sozialpolitiker sind nicht an guter Bildung interessiert

Über Jahrzehnte hinweg ist das staatliche Bildungswesen die zentrale Schalt- und Schaltstelle der Sozialpolitik und deren Umverteilungphantasien. Ohne Preis und echten Wettbewerb organisiert zeigt es die üblichen Mängel der Staatswirtschaft auf. Schlechte Koordination – Bürokratisierung, Demotivation und Verschwendung von Ressourcen.

Immer klarer wird, dass es nicht um die Bildung unserer Kinder per se geht. Vielmehr muss man verstehen, dass die Sozialpolitik am Erhalt, ja an der Zunahme eines möglichst großen Prekariat mehr als interessiert ist – sichert dies doch die eigene Existenz und Daseinsberechtigung. Nicht ist für den Sozialisten schlimmer, als ein unabhängiges Bildungssystem. Denn dieses bringt unabhängige, frei denkende Bürger hervor. (SB)